

Bankräuber festgenommen

Aesch Die Luzerner Polizei hat zwei Personen festgenommen, die verdächtigt werden, am Überfall auf die Raiffeisenbank Hitzkirchertal in Aesch vom Donnerstagvormittag beteiligt gewesen zu sein. Ermittlungen der Luzerner Polizei und der Kantonspolizei Aargau führten dazu, dass bereits am Donnerstagabend zwei tatverdächtige Personen festgenommen werden konnten. Dies teilte die Luzerner Polizei gestern mit. Bei Hausdurchsuchungen wurde unter anderem die mutmassliche Tatwaffe, ein Messer, sichergestellt. Bei den festgenommenen Männern handelt es sich um einen 32-jährigen Serben und einen 24-jährigen Schweizer. (sda)

Lieferwagen fährt Kind an

Oberkirch Am Freitagnachmittag ist in Oberkirch auf der Luzernstrasse ein 11-jähriger Knabe von einem Lieferwagen angefahren worden. Der Knabe, der mit einem Kickboard einen Fussgängerstreifen überqueren wollte, wurde laut Polizei dabei erheblich verletzt und wurde ins Spital überführt. (dlw)

Selbstunfall unter Drogeneinfluss

Ballwil Ein 22-jähriger Mann hat am Sonntag, nach 21 Uhr, zwischen Abtwil und Hochdorf einen Selbstunfall verursacht. Ohne sich um den Schaden zu kümmern, fuhr er weiter. Die Polizei fand ihn später an seinem Wohnort auf. Der Drogenschnelltest reagierte positiv auf Kokain und Amphetamine. Die Polizisten nahmen dem Mann den Führerausweis weg, wie die Staatsanwaltschaft Luzern gestern mitteilte. Das Strassenverkehrsamt entscheidet über administrative Massnahmen. (sda)

Kulturförderpreis für Norbert Bossart

Auszeichnung Die Kulturförderungskommission des Kantons Luzern hat den Kulturförderpreis an Norbert Bossart verliehen. Er erhalte den mit 15 000 Franken dotierte Preis für seine langjährige Arbeit als Kulturvernetzer, schreibt der Kanton. Bossart ist Gründungsmitglied des Kulturvereins «Träff Schötz». (dlw)

Berufsmatura abgeschlossen

Bildung 22 Personen haben den Berufsmaturitätslehrgang Technik, Architektur, Life Sciences im Modell 3 plus am Berufsbildungszentrum Bau und Gewerbe abgeschlossen. Das beste Ergebnis erzielte laut Mitteilung der Horwer **Elio Garbani** mit einem Notenschnitt von 5,3. (dlw)

Verantwortung wollen alle, nur wie?

Die Konzernverantwortungsinitiative polarisiert. Befürworter und Gegner kreuzten sich in Luzern die Klinge.



Karin Keller-Sutter argumentiert im Konferenzsaal des Verkehrshauses gegen die KVI.

Bild: Dominik Wunderli (Luzern, 9. November 2020)

Niels Jost

Wenn ein Abstimmungskampf in die heisse Phase übergeht und sich eine Bundesrätin zum Thema äussert, dann lockt das normalerweise viele Zuhörer an. Vor allem dann, wenn über die Vorlage seit Jahren debattiert wird. Nicht zu Coronazeiten. Statt 600 konnte die Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz (IHZ) gestern Abend lediglich rund 45 Gäste in den Konferenzsaal des Verkehrshauses lassen. Der Abstand zwischen den Stühlen: minutiös abgemessen. Die Gesichter der Zuhörer: mit einer Maske verdeckt.

Es sei schon ein spezieller Abstimmungskampf, sagte denn auch Karin Keller-Sutter. Die Justizministerin erklärte am gestrigen Podium zur Konzernverantwortungsinitiative, wies der Bundesrat die Vorlage ab-

lehnt. «Die Initiative schafft mehr Probleme, als sie löst.» Damit meinte die FDP-Magistratin die Haftungspflicht. Gemäss dieser müssten Unternehmen auch für Tochterfirmen haften, welche im Ausland Umweltschäden anrichten oder Menschenrechte verletzen. Dadurch würden Schweizer Unternehmen im internationalen Markt benachteiligt – was für die Wirtschaft schädlich sei. Die St. Gallerin betonte zwar, dass sie sehr wohl für Umweltschutz und Menschenrechte einstehe, welche auch mit dem indirekten Gegenvorschlag berücksichtigt würden. Aber: «Einen internationalen Alleingang kann sich die Schweiz nicht leisten.»

Vor ihrem Vortrag konnte unsere Zeitung mit Keller-Sutter sprechen. Der indirekte Gegenvorschlag, welchen der Bundesrat unterstützt, wird von den

Gegnern eine «Alibi-Übung» genannt. Davon könne keine Rede sein, so Keller-Sutter. Schliesslich sei man mit dem Gegenvorschlag in Sachen Menschenrechte und Umweltschutz auf der gleichen Linie wie die

«Die Initiative schafft mehr Probleme, als sie löst.»

Karin Keller-Sutter
Bundesrätin

EU. Die Unternehmen würden gesetzlich verpflichtet, über diese Bereiche Bericht zu erstatten. «Hinzu kommt der Schutz vor Kinderarbeit», so die St. Gallerin. «In dem Punkt hätte die Schweiz sogar strengere Regeln als die EU. Dies war mir ein persönliches Anliegen.»

Doch warum geht der Bundesrat hier nicht weiter? Schliesslich hat die Schweiz eine lange humanitäre Tradition und etwa bereits mit der Gründung des Roten Kreuzes eine Vorreiterrolle eingenommen. «Die Schweiz ist ein neutrales Land», betonte die Bundesrätin. «Wir dürfen anderen Ländern unser Recht nicht aufzwingen.»

Diesen Punkt griff auch die Luzerner SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo beim späteren Podium auf. «Es geht nicht um Schweizer Recht, sondern um internationale Standards beim

Umweltschutz und Menschenrechten.» Diese gingen in vielen Punkten weniger weit als in der Schweiz.

Umstritten: Wie stark betroffen sind die KMU?

Birrer-Heimo vertrat mit Bernd Nilles, Geschäftsleiter des katholischen Hilfswerks Fastenopfer, die Pro-Seite. Ihnen gegenüber standen die Luzerner CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann und Max Renggli, CEO der Surseer Holzbaufirma Renggli AG. Moderiert wurde der Anlass von Wirtschaftsjournalistin Patrizia Laeri.

Grösster Zankapfel war die Frage, wie stark auch kleinere und mittlere Unternehmen betroffen wären. «Die Initiative richtet sich klar gegen unsere KMU», sagte Glanzmann. Für diese sei es schwierig, die ganze Lieferkette bis ins letzte Detail zu prüfen. Ein Punkt, auf den auch Max Renggli immer wieder zu sprechen kam. Der Unternehmer befürchtet viele juristische Verfahren. «Ein KMU macht sich nicht Sorgen, dass es nicht anständig geschäftet. Sondern, dass es in Prozesse hineingerät, die es sich nicht leisten kann.»

Bernd Nilles betonte, dass auch KMU nur für ihre Tochterfirmen haften würden – und nicht für alle Lieferanten. «Die Initiative betrifft KMU daher kaum», so Nilles. Zudem sei es für Geschädigte im Ausland aufwendig, einen Prozess in der Schweiz zu führen. «Viele Menschen wissen sich nicht zu wehren, weil die Entscheidungsträger zu weit weg sind», sagte Nilles, der schon auf der ganzen Welt mit Betroffenen gesprochen habe.

Trotz der unterschiedlichen Ansichten zur Initiative: Eine Gemeinsamkeit teilten die Podiumsteilnehmer. Sie alle halten es für eine Selbstverständlichkeit, Menschenrechte und Umweltstandards einzuhalten. Wie das umgesetzt werden soll, darüber entscheidet das Stimmvolk am 29. November.

Kanton sucht wieder Freiwillige

Für die drei Drive-in-Testzentren will der Kanton Luzern Helfer mit medizinischer Ausbildung rekrutieren.

Die Coronazahlen steigen auch im Kanton Luzern weiter an. Stand Sonntagabend sind bislang insgesamt 6784 Personen positiv auf das Virus getestet worden, 49 Personen im Kanton Luzern sind seit Ausbruch der Pandemie an Covid-19 gestorben.

Am Freitag hat der Regierungsrat die Bevölkerung aufgerufen, sich bei Symptomen testen zu lassen (Ausgabe vom Samstag). Gestern folgte der Aufruf an freiwillige Helfer, sich beim Kanton zu melden. Gesucht wird demnach medizinisches Personal. Wie Andreas Schmid, Koordinator Freiwilligenarbeit beim Kantonalen Führungsstab, ausführt, werden

in einer ersten Phase Freiwillige für die drei Drive-in-Testzentren in Luzern, Nottwil und Entlebuch gesucht. Schmid: «Mit der Eröffnung der zusätzlichen Testzentren ist der Bedarf an medizinischem Personal gestiegen.» Die Freiwilligen sollen unter anderem Abstriche vornehmen oder administrative Arbeiten erledigen.

Interessierte müssen eine abgeschlossene Ausbildung in einem medizinischen Beruf oder einem Laborberuf vorweisen können. Zugelassen sind ebenfalls Medizinstudenten ab dem vierten Jahr, Samariter mit gültigem Kurs-Zertifikat Stufe 2 IVR, Apothekerinnen, Pharma-

assistentinnen oder Laboranten im letzten Jahr der Ausbildung.

Weitere Voraussetzung ist eine «minimale Verfügbarkeit von 50 Prozent», wie es in der Mitteilung heisst. Andreas Schmid erklärt: «Wir wollen die Leute ihrem Ausbildungsstand entsprechend einsetzen.» Zudem würden die Freiwilligen laut Schmid finanziell entschädigt. «Freiwillig heisst nicht gratis», sagt er. In welcher Höhe ist allerdings noch offen. Laut Schmid hätten sich gestern bereits gegen 30 Interessierte gemeldet. (dlw)

Hinweis
Anmeldung unter
www.lu.ch/freiwilligenarbeit

Kommission fordert Alternative zu CVP-Initiative

Pflege Die kantonsrätliche Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) verlangt die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags zur Privatpflege- und Betreuungsinitiative der Luzerner CVP. Zwar unterstützt sie das Kernanliegen der Initiative, ein Steuerabzug sei aber das falsche Mittel. Sie fordert ein «griffigeres Modell». Die Kommission beantragt einstimmig die Rückweisung der Botschaft und verlangt vom Regierungsrat die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags, wie sie gestern mitteilte.

Der mit der Initiative geforderte Steuerabzug würde das hochkomplexe Steuersystem weiter verkomplizieren, so die WAK. Zudem wäre die Steuergerechtigkeit nicht gegeben. Die Kommission ist der Ansicht,

dass gerade betreuende Personen mit geringem Einkommen kaum davon profitieren könnten. So unterbreitet die Kommission der Regierung Rahmenbedingungen für die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags. Das Kernanliegen der Unterstützung von privatpflegenden und -betreuenden Personen müsse darin umgesetzt werden.

Die CVP hatte die Privatpflege- und Betreuungsinitiative im März 2019 mit 5000 Unterschriften eingereicht. Das Begehren verlangt einen Abzug von 5000 Franken vom steuerbaren Einkommen für jene, die freiwillig und gratis Hilfsbedürftige pflegen und betreuen. Die Luzerner Regierung beantragt dem Parlament die Initiative, ohne Gegenvorschlag abzulehnen. (sda)